

Agnes Bennhold
für die Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg
Bauamtsgasse 8
69117 Heidelberg

23.5.2014

Betreff.:

Zerstörung Hunderter von Obstbäumen auf privatem palästinensischem Land durch Israel

An die Heidelberger Bundestagsabgeordneten

Wir wenden uns an Sie mit der dringenden Bitte, die Bundesregierung über den Bundestag aufzufordern, mit Nachdruck und Konsequenz gegen die Unterdrückungspolitik der israelischen Regierung und des israelischen Militärs aktiv zu werden.

Unser Schreiben hat folgenden Anlass:

Wie Sie sicher aus den Nachrichten erfahren haben, hat die Gewalt des israelischen Militärs in den besetzten palästinensischen Gebieten einen neuen Höhepunkt erreicht: Auf dem südöstlich von Bethlehem gelegenen Grundstück der christlich-palästinensischen Familie Nassar wurden in der Nacht zum 19. Mai 2014 kurz vor der Ernte Hunderte von Obstbäumen und Weinstöcken ausgerissen und niedergewalzt.

Betroffen von der Zerstörung der Obstplantage ist u.a. Daoud Nassar, der Leiter des Begegnungszentrums „Zelt der Völker“, der sich zusammen mit seinem Bruder unter dem Motto „Wir weigern uns Feinde zu sein“ für Frieden und Versöhnung einsetzt sowohl in seiner Heimat als auch international mit Vorträgen, die ihn bereits zweimal nach Heidelberg geführt haben.

Das Land, auf dem die Zerstörung vorgenommen wurde, ist Privatland der Familie Nassar und längst als solches registriert. Gegen entgegengesetzte Behauptungen des israelischen Militärs legte die Familie Einspruch ein. Damit ist, bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, die Zerstörung der Obstplantage nicht nur eine barbarische Tat, sondern, laut Militärgesetzgebung vor Ort, auch eindeutig illegal.

Vorkommnisse dieser Art sowie Verhaftungen, Verletzungen und Tötungen durch das israelische Militär sind in den besetzten palästinensischen Gebieten leider Alltag.

Wir bitten Sie:

Fordern Sie die Bundesregierung durch eine Beschlussfassung im Bundestag dazu auf,

- **von der israelischen Regierung ultimativ zu verlangen, dass sie ihre Politik der Zerstörung, Unterdrückung und Vertreibung beendet und**

- **sofern Israel dazu nicht bereit ist, den Worten Taten folgen zu lassen und in den Bereichen politische, wirtschaftliche, technologische Zusammenarbeit Konsequenzen zu ziehen.**

Weder die Bundesregierung noch der deutsche Bundestag noch die deutsche Öffentlichkeit dürfen länger schweigend hinnehmen, dass in einem Land, mit dem uns enge historische, politische und wirtschaftliche Beziehungen verbinden, Völkerrecht und Menschenrechte in so massiver Weise verletzt werden, wie es derzeit in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten der Fall ist.

Mit freundlichen Grüßen

Palästina / Nahost-Initiative Heidelberg

gez. Agnes Bennhold